

Bezugs-Preis

In der Hauptstadt über deren Zustellung abgeholt: vierteljährlich 4 3/4, halbjährlich 8 1/2, jährlich 16 1/2. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierteljährlich 4 1/2, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Eingelie Nummern zu auf allen Postämtern mit den Zeitungs-Verkaufers. 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 163 Hauptstraße 222, Johannstadt 8. Haupt-Postamt Dresden: Marienstraße 34 (Telefon Nr. 1713). Haupt-Postamt Leipzig: Carl-Duncker-Verlag, Postfach 100, Döbnerstraße 10 (Telefon Nr. 4008).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und des königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gepalte Petzeile 25 J.

Reklamen unter dem Redaktionsdruck (4gepalte) 75 J., nach den Familiennachrichten (6gepalte) 50 J. Tabellarischer und offener entsprechend höher. — Gebühren für Nachtragungen und Offertennachträge 25 J.

Kannschick für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung 40 J., mit Postbeförderung 70 J. Anzeigen sind nach der Expedition zu richten. Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr. Druck und Verlag von C. Volk in Leipzig (Ant. Dr. H. & W. Kiefhaber).

Nr. 406.

Donnerstag den 11. August 1904.

98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

• Kaiser Wilhelm hat aus Anlaß des Todes des japanischen Generals Grafen Yamaguchi an die deutsche Gesandtschaft in Tokio ein Telegramm gerichtet, worin er den Oberstleutnant v. Herberich mit der Teilnahme an der Beilegung beauftragt. (S. Deutsches Reich.)

• Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm gestern das Budgetgesetz an.

• König Edward ist gestern mittag von Port Victoria über Rön nach Wien abgereist.

• Ruropatkin trifft nach englischen Meldungen Vorbereitungen zum Waffensatzung von Vionotung auf der Eisenbahn. (S. russ.-jap. Krieg.)

„Dresden—Leipzig.“

Von jungnationalistischer Seite wird uns geschrieben:

Von einer Auslandreise zurückgekehrt, fand ich einige mit von befreundeter Seite übermittelte Nummern der mir bis dahin gänzlich unbekannt gebliebenen „Zittauer Stimmen“ vor, und war freudig überrascht, in den Spalten dieses Blattes ein außerordentliches Interesse für den Jungnationalismus in Sachsen, speziell in Leipzig, zu sehen. Aufrechtig bedauert habe ich, daß sich dieses Blatt anscheinend in den weitesten Kreisen völlige Unkenntnis erfreut, denn eine beachtenswerte Propaganda für die jungnationalistische Idee, wie die Artikel der „Zittauer Stimmen“, kann man sich kaum wünschen. Wie der Leser vielleicht schon ahnen wird, beschäftigt sich das Blatt mit dem vor kurzem im „Leipziger Tageblatt“ erschienenen Artikel über den Jungnationalismus in Sachsen, speziell in Leipzig. Es muß zwar gestehen, daß es aus der Ferne nicht beurteilen und untersuchen kann, was der Einförmigkeit im „Leipziger Tageblatt“ angeblich als besonderer Ruhm für die Jungnationalisten in Anspruch nimmt, dennoch mag es, zu behaupten, daß in dem „Tageblatt“-Artikel die Leipziger Verhältnisse nicht richtig beleuchtet seien und ist „verblüfft“ über die „beispiellose Kühnheit“ des Leipziger Schreibers, der in alle Welt hinausposaunt: Der frühere Zug besteht hier (in Leipzig) schon, und zwar darf der Jungnationalistische Verein für sich in Anspruch nehmen, daß gerade er wesentlich dazu beigetragen hat.

Es ist wirklich rührend, wie das Zittauer Blatt ein „treues Zusammenhalten von Alter und Jugend“ der nationalliberalen Partei in Sachsen fordert und dann von den „gemäßigten Gefährten“ spricht, mit denen der Eintritt eines Leipziger jungnationalistischen Führers in den Gesamtverband des Landesvereins ausgenommen worden sei, wie es betont, daß es not tue, eine „ungefährliche Festsitzung“ zu verhindern und sich dann in demselben Abzuge „eins fühlte“ mit dem Artikel der „Nat.-Zg.“, worin den Leipziger Jungnationalisten der gänzlich unbegründete Vorwurf gemacht wurde, sie hätten sich für ein Klassenwahlrecht „begeistert“. Auf diese Art werden Festsitzungen nicht verhindert, sondern gefördert. Das gleiche gilt von der doch nur zum Zweck der Diskreditierung der Jungnationalisten vorgebrachten, sehr anscheinbar Behauptung, „gerade der Vertreter der Jungnationalisten Leipzig habe Schulter an Schulter mit den an den alten Traditionen hängenden führenden Leipziger Nationalliberalen gestanden und sich nicht zum mindesten als ebendieser Vorkämpfer des Liberalismus gezeigt“. Ganz abgesehen davon, daß ein Zusammengehen von Jugend und Alter von den „Zittauer Stimmen“ als wünschenswert bezeichnet wird, kann nur jemand, der die Opposition aus Prinzip betreibt, Anstoß daran nehmen, wenn ein politischer liberaler Richtung in geeigneten Punkten Schulter an Schulter mit weiter rechts stehenden Parteien geht. Viele Freiheit müssen wir als liberal gesinnte Männer auch für uns in Anspruch nehmen. Daß die Vertreter der Jungnationalisten in Leipzig mit den Nationalliberalen durch die und dann gegangen seien, wird wohl die Gegenseite kaum zu behaupten wagen. Wir erinnern an die Kartellfrage, in der in jener Parteiverammlung allein der Vertreter der Jungnationalisten gegen das Kartell gesprochen und seiner von den jetzt so strengem Kritiker sich gefunden hat, der ihm zuordnen hätte mit mehr als sichtlich wohlweislichem Verstand. Es sei ferner hingewiesen auf unsere Haltung zum russischen Schulantrage, in der wir, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, ebenfalls eine andere Stellung einnehmen als die hiesigen Nationalliberalen. Welches unsere Stellung ist, wird, soweit es nicht schon offenkundig ist, demnach nicht in der Presse bekannt gegeben werden. Daß wir auch in der Wahlrechtsfrage der nationalliberalen Gruppe nicht blindlings gefolgt

sind, ist ja auch bekannt, ebenso, daß wir uns dadurch den Tadel derer um die „Zittauer Stimmen“ zuziehen haben. Ob der Dresdner oder der Leipziger Wahlrechtsvorstoß der bessere und brauchbarere ist, darüber sich jetzt den Kopf zu zerbrechen, hat wenig Zweck, mag man dies, wie auch schon in dem früheren „Tageblatt“-Artikel ausgeführt worden ist, ruhig der Zukunft anheimgelassen. Tatsache ist, daß die Leipziger ihren Vorstoß nicht als Ziel des Liberalismus, sondern als Einwirkung auf die Wahlrechtsfrage betrachten, während die Ostschon ihr Wahlrecht als etwas spezifisch Liberales hinstellen. Die Ausführungen des Zittauer Blattes über das Wahlrecht sind auch insofern interessant, als es dabei aus seiner Rolle fällt bezüglich seines Verhaltens zu der nationalliberalen Fraktion. Es bezeichnet als sehr „förmlich“ die Angabe, daß der jungnationalistische Wahlrechtsvorstoß aus Erwägungen praktischer Politik hervorgegangen ist und knüpft daran die Bemerkung: „Man will doch damit nicht etwa sagen, daß die nationalliberale Fraktion nicht Anhängerin einer solchen Politik sei.“ Man findet es also in diesem Falle nicht nur unüberdacht, mit der nationalliberalen Fraktion Schulter an Schulter zu gehen, sondern sieht sich sogar veranlaßt, sie gewissermaßen gegen das in Schutz zu nehmen, was man ihr fortgesetzt zum Vorwurf macht.

Das Zittauer Blatt fragt dann weiter, ob sich die Leipziger Jungnationalisten als der richtige Gewährleist für den dortigen Nationalismus behaupten und eine Abberückelung der Leipziger von dieser Partei verhindern hätten. Vermöge seines weiten Blickes ist der Verfasser jenes Zittauer Artikels sofort in der Lage, die Frage zu verneinen. Er sucht dies zu begründen mit dem Mißerfolge der Leipziger Nationalliberalen bei den letzten Wahlen und mit dem Hervortreten anderer bürgerlicher Parteien bei den Reichstagswahlen. Es liegt uns völlig fern, tatsächliche Mißstände zu beschönigen. Dennoch müssen wir erklären, daß die Antwort, die das Blatt auf seine eigene Frage gibt, falsch ist und den Verhältnissen in Leipzig nicht gerecht wird. Das „ostfälische“ Blatt, welches sich anmaßt, auch über Leipziger Verhältnisse besser als die Leipziger selbst orientiert zu sein, hätte doch vielleicht wissen können, daß es dem Jungnationalistischen Verein gelungen ist, die Vertreter des liberalen Vereins und auch noch andere liberal gesinnte Männer in der Wahlrechtsfrage für ihren Vorschlag zu gewinnen, während diese Herren es abgelehnt haben, auf das Pluralwahlrecht, als reaktionär, zuzustimmen. Freilich haben wir es nicht für angemessen gehalten, dies so in die Welt „hinauszuposaunen“, wie es in manchen Kreisen beliebt wird.

Nicht als Verdienst für die Jungnationalisten, aber doch als beachtenswerte Tatsache wollen wir erwähnen, daß der sächsische Landesverein jetzt einen Generalsekretär angestellt hat, der als eifriger Anhänger der Jugendbewegung bekannt ist und mit dem Vertreter des Leipziger Jungnationalistischen Vereins an dem neuen Organisationsentwurf der Partei auf dem bekannten Eisenacher Delegiertentage gemeinsam gearbeitet hat.

Wenn das Zittauer Blatt schreibt, auch das starke Hervortreten anderer bürgerlicher Parteien bei den Reichstagswahlen... beweise doch deutlich, daß trotz der Leipziger „Jugendlichen“ ein Abberücken liberaler Elemente vom Nationalismus in dessen einseitiger Hochburg nicht verhindert worden sei, so zeigt das in geradezu verblüffender Weise von einem durch keinerlei Sachkenntnis getriebenen Urteil. Zunächst widerlegt sich der Zittauer Artikelsschreiber schon selber durch die von ihm angeführten und von mir als richtig angenommenen Zahlen, denen zufolge andere bürgerliche Parteien bei den letzten Reichstagswahlen herbeigekommen sind 1898 Antikristen u. Nationalsozialisten mit 6061 Stimmen, 1903 Liberale (frei. Vereinigung) mit 3333 Stimmen. Danach sind in Jahre 1903 circa 3000 Stimmen weniger abgefordert als fünf Jahre vorher. Das beweist doch klar und deutlich eine Besserung des Zustandes gegen früher. Sollte daran der jungnationalistische „Sauerwein“ ganz unbeteiligt sein? Oder sollen etwa die Jungnationalisten dafür verantwortlich zu machen sein, daß überhaupt noch Stimmen abgefordert sind? Es ist zu schade, daß die „Zittauer Stimmen“ nicht schon vor den Reichstagswahlen ihre Weisheit zum Besten gegeben haben — man hätte auf das Ergebnis ihrer Wirksamkeit gespannt sein können. Auffallend muß es ferner erscheinen, daß auch die ostfälischen Nationalliberalen, trotz ihrer „taufkräftigen Führung“, „unermüdlichen Tätigkeit“, ihres „entschiedenen Liberalismus“ uhm. nicht in ihren Verbalen den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern vermochten, was nach den Anforderungen, die man in Zittau an das Günstlein Jungnationalistischer in dem „reaktionären“ Leipzig stellt, der gerühmten ostfälischen Organisation doch mit Rechtigkeit hätte gelingen müssen. Das sollte den Herren doch auch etwas zu denken geben und ihnen zu Gemüte führen,

daß es nicht angängig ist, alle Mißerfolge nun einfach der Leipziger Führung in die Schuhe zu schieben. Wenn das Zittauer Blatt sich schließlich der Hoffnung hingibt, „von Leipzig endlich wieder einmal etwas Gutes zu hören“, und den Interessen der nationalliberalen Partei wirklich dienen will, so möge es zunächst nicht über Sachen schreiben, über die es nicht informiert ist, und es unterlassen, die jungnationalistische Sache durch seine Anmaßungen in gänzlich unbegründeter Weise zu verächtlichen, sonst kommt es nicht darauf an, dem Fort des „allein echten und wahren Liberalismus“ öffentlich der Ehre noch manches aus Leipzig zu sagen, was ihm nicht gefallen wird.

Der russisch-japanische Krieg.

Kuropatkins Lage.

Eine Schanghaier Drahtmeldung des „Daily Telegraph“ vom 9. August besagt, daß sich die Russen bei Anshantien nordwärts zurückziehen, zur Kavallerie bleibe zurück. Kuropatkin treffe Vorbereitungen zum Waffensatzung von Vionotung der Eisenbahn. Nach dem „L.A.“ dagegen wird Kuropatkin Vionotung verteidigen. Wie kein Berliner Auswärtigen Amt auf Grund von Petersburger Depeschen berichtet wurde, sei der Zusammenstoß der beiden Hauptarmeen Ende dieser Woche zu erwarten.

Englischer Konturreis.

Die „Times“ erfahren: „Während britische Dampferlinien seit einiger Zeit die Annahme kontinentaler Verbindungen über den Ostsee-Osten vorzuziehen, welche sie den Verbänden der Kontinentalen zu führen ausließen, sind ähnliche Artikel von deutschen Dampferlinien ohne Ärgernis angenommen worden. So sind z. B. während der letzten zwei Tage elektrische Kabel und Röhren mit Maschinen, Eisenbahn, Eisen, Stahlbauten und leichte Schienen unter der Bezeichnung „Verkaufsstücken“ in Antwerpen vom Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikanische in Menge angenommen worden, nachdem im August britischer Gesellschaften zurückgewiesen worden waren, die fremde Weisungen hatten, die Verbesserung von allem zu vermeiden, was als Kriegskontingente betrachtet werden könnte. Da indes in Gemäßheit der russischen Regeln kaum etwas vorhanden sei, was nicht als Kriegskontingente ausgetauscht werden könnte, bieten die britischen Gesellschaften an Handel an dem Schiffe, den Deutschland für sein Kriegskontingente in einer anderen Weise zu liefern inbunde zu sein, für geraten, ihren Dienst nach Japan gänzlich einzustellen, jedoch auf die Gefahr hin oder vielmehr mit der Gewißheit, daß ihre deutschen Kontingente sich der Gelegenheit bedienen werden, sich eines wichtigen Zweiges unseres Expeditionshandels zu bemächtigen.“

Pferde-Ersatz für die Japaner.

Die Weidwälder Post in Fort Worth, eine der größten Pferdehandlungs-Firmen in Texas, haben, wie dort gemeldet wird, von der japanischen Regierung den Auftrag zur Lieferung von 100 000 Pferden erhalten. Die Pferde dürfen nicht größer als „vierzehn Hand hoch“ sein; es können also ausschließlich westjapanische „Wustangs“ in Betracht. Es dürfte nicht leicht sein, 100 000 der kaum 1 1/2 m hohen Tiere auszutreiben und noch schwieriger, sie an die Auftragsgeber abzuliefern.

Deutsches Reich.

Leipzig, 10. August.

• Ten Wirbchrennen, die ihn um jeden Preis dem deutschen Volk als unantastbare Lichtgestalt erhalten möchten, scheint allmählich doch lange zu werden. Der „Berliner Volksanzeiger“, der es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hat, Herrn von Wirbach dadurch von jedem Vorwurf zu befreien, daß er Interner der sächsischen Familie Wittgenstein in ein unantastbares Licht rückt und von Zeit zu Zeit der unabhängigen Presse ein Privatinterview über die Ethik des Journalismus liefert, hat bisher die Offenbarungen, die ihm von einer Herrn von Wirbach nachstehenden Seite zuteil wurden, an beherzigter Stelle und mit marantem Druck gebracht. Nun hat, wie unsere Leser bereits wissen, die Dortmunder „Trennung“ eine neue Veröffentlichung in Sachen Wittgenstein-Wirbach gebracht, die selbst dem vorerwähnten Wirbach-Entlastungen den Wunsch einer authentischen Aufklärung nahelegt muß. Der „Volksanzeiger“ ist viel zu legal, als daß er nicht von den Mitteilungen des Dortmunder Blattes, so fatal sie ihm auch sein mögen, Notiz nehmen sollte. Das erfordert die journalistische Pflicht. Anreizt gibt es aber auch, den hohen, immer noch mächtigen Gönner nicht vor den Kopf zu stoßen, und da findet das Blatt einen charakteristischen Ausweg. Es bringt den Bericht über die Mitteilungen der „Trennung“ unter der Rubrik „Aus der Reichshauptstadt“ und zwar an zweiter Stelle. An erster Stelle steht ein menschenfreundliche Betrachtung über verlorne Kinder. Das sollte wohl auf die Herablosigkeit des Wirbach-Artikels hinweisen. Hinterher wird dann von allerhand Unflüssen und Selbstmorden berichtet, und wir müssen es dem „Volksanzeiger“ überlassen, ob er eine innere Verbindung zwischen dem erwähnten Ereignissen herzustellen weiß. Nichts aber, so müssen wir an, wird wieder an beherzigter Stelle und mit marantem Druck eine Information von Herrn von Wirbach nachstehender Seite in dem unerklärlichen Blatte enthalten sein. Es wird dann die nicht mehr ganz neue Tatsache konstatiert werden, daß der Oberhofmeister aus seiner hohen Stellung den Schluß zieht, er könne die Klumpe der Presse Holz verachten.

Berlin, 10. August.

• Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Die „Nat. Zg.“ schreibt: Der jetzt veröffentlichte dreijährige Gesamtbericht zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minder wohlhabenden Schichten der Bevölkerung stellt ein neues Glied in der Reihe der Ver-

mählungen dar, durch welche Reich, Einzelstaaten, Kommunen und gewerbliche Unternehmer seit Jahr und Tag bemüht sind, zur Geradbringung von Mißständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Deutschland beizutragen. Die dem Reichstag zugegangenen Denkschriften lassen erkennen, wie viel guter Wille überall in der Reichshauptstadt vorhanden ist, um Anträge zum Besseren geben zu lassen. Doch wird man sich seiner Zurückhaltung darüber hingeben dürfen, daß es nur der unausgesetzten Befolgung der beschrittenen Wege, namentlich auch auf dem Gebiete des Baugewerkschaftswesens, gelingen kann, in absehbarer Zeit wenigstens eine Besseres von dem wieder gut zu machen, was durch eine länderhafte Vernachlässigung dieses Teils der sozialen Frage in langer Zeit sich zum Schlimmsten ausgebildet hat. Es muß dem verstorbenen Riquel noch über das Grab nachgerühmt werden, daß er zeitig die Wichtigkeit der Wohnungsfürsorge erkannt und während seiner kommunalen Verwaltungstätigkeit viel dazu beigetragen hat, um besonders auch in Frankfurt a. M. den Beweis zu bringen, wie mancherlei Gutes sich durch Handinhandgehen von Kommunalverwaltungen und Baugewerkschaften erzielen läßt. Die allseitige Gleichgültigkeit, die man besonders in der Reichshauptstadt der Entwicklung von Verhältnissen gegenüber beobachtete, die in den verschiedensten Richtungen himmelschreitend wurden, haben der Erbitterung gegen Staat und Gesellschaft und den sozialen Unfrieden maßlos gefördert. Es wird des sorgfältigen Aufsehens, der Mühen und Arbeitens aller Kreise bedürfen, die berufen sind, Katastrophen in der Zukunft vorzubeugen, um wenigstens allmählich die wieder Luft und Liebe zum „Erhalten“ und Freude am Werk einleiten zu lassen, wo sie durch die Wohnungsverhältnisse zerstört worden sind. Wenn ungeachtet keine Leute zu jedem neuen Vierteljahrsernte sich eine neue Wohnung suchen müssen, wo soll da Wohnung zur Selbsttätigkeit, zum Einleben in einen städtischen Gemeindebezirk und gar jene Befriedigung herkommen, die auch der geringe Mann in England und in den Vereinigten Staaten in viel höherem Maße empfinden darf, wie bei uns. Eine nicht minder verfehlte Einrichtung wie der Zwang, dem sich zu jedem neuen Vierteljahr viele Arbeiterfamilien ausgesetzt sehen, die Wohnung wechseln zu müssen, die nichts weniger als ihre castle bildet, stellt die berühmte Kombination von Vorder- und Hinterhaus in Berlin dar. Reid, Riquel, Straß und Schimmerer erlauben aus dieser Art von Hinterhauswirtschaft, die allem anderen aber als dem sozialen Frieden dient. Und wozu das alles? Wozu um die Boden Spekulation zu immer verderblicherem Mißbrauch geübt zu lassen? Wo hat es zumeist geführt, daß in der Reichshauptstadt die Zahl der Hausbesitzer erheblich geringer ist, als die der Eigentümer ihrer Anwesenstaugen, und daß unter der Herrschaft runder Kreisbildungen Tag für Tag mehr Erbtötungen dem Proletariat angetrieben werden, als bestmögliche ist ihm in die „neuen Mittelstände“ hineinzuwachsen vermögen. Der preussische Gesamtbericht will der dem Bau kleiner Wohnungen hinderlichen Boden Spekulation entgegenwirken. Die Politik hört man wohl. Wenn aber auch der Glaube nicht fehlen soll, müssen noch die fehlerhaften Organisationen anderer Mächte durchbrochen werden. Der zweifelhafte Ausbau der Kommunalverwaltung zum Grundbesitz, der sich als ein wertvolles Mittel zur Bekämpfung der ungelunden Boden Spekulation erweisen hat, soll durch den Gesamtbericht übergestellt werden, und namentlich sollen auch der gemeinnützigen Bautätigkeit Vergünstigungen hinsichtlich der Strafenkostenbeiträge umgewandelt werden. Die Zahl der Aufgebote, die es zu lösen gibt, ist groß. Die Bekämpfung, die sich der Gesetzgeber im vorliegenden Entwurf ansetzt, kann das Zustandekommen des Gesetzes fördern.

• Hamburg, 10. August. Die hiesigen und umliegenden Provinzen begründeten einen Verband zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen auf allen Gebieten, insbesondere der Steuerpolitik, des Schutzes gegen unantastbaren Wettbewerb und des Verhältnisses zur Arbeiterkraft.

• Berlin, 10. August. Nachdem es in den letzten Tagen mehrfach zwischen Ausschüssen und Arbeitwilligen der Farbenfabriken vorm. Bayer & Co. zu Reibereien gekommen war, schickte Polizei oftmals einschreiten mußte, kam es in der vorerwähnten Nacht zu wüsten Schlägereien, in deren Verlauf der Revolver gebraucht und das Haus des Bädermeisters, wozu einer der Beteiligten gehörte, in Brand gesetzt wurde. Als man den Versuch machte, das Haus in Brand zu setzen, erschien ein starker Polizeiaufgebot, das zehn am Streite beteiligte Personen verhaftete. Weitere fanden noch weitere Verhaftungen statt.

• Als Erklärung i. B. wird der „Straß. Post“ über konfessionelle Abiturientenkreise geschrieben: Ebenso wie anderwärts seien auch die Abiturienten des hiesigen Gymnasiums ihren Schützern. Während es aber sonst üblich ist, daß die Wälfen den feuch-erschließen